

Bundesbank Konjunkturprognose

Der Konjunkturaufschwung in Deutschland dürfte weiter andauern. Dank der sehr guten Arbeitsmarktlage, so erwartet die deutsche Bundesbank in ihrer neuen halbjährlichen Konjunkturprognose, wird der private Konsum im Verbund mit der Nachfrage des Staates und den Wohnungsbauinvestitionen weiterhin für ein solides Grundtempo sorgen. Zudem werden die Exporte und wieder steigende Unternehmensinvestitionen als Stütze des Wachstums ausgemacht. Insgesamt wird das Szenario einer breit angelegten, recht kräftigen konjunkturellen Aufwärtsbewegung gezeichnet. Allerdings dürften sich aus Sicht der Bundesbank zunehmend Angebotsengpässe am Arbeitsmarkt bemerkbar machen, also weniger Menschen zusätzlich für eine Erwerbstätigkeit bereitstehen. Dies sollte nicht nur den Lohnanstieg verstärken, sondern dürfte auch tendenziell die Wachstumsmöglichkeiten begrenzen.

Vor diesem Hintergrund erwarten die Volkswirte der Bundesbank für das laufende Jahr ein kalenderbereinigtes Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent. In den beiden folgenden Jahren könnte das Expansionstempo der Prognose zufolge 1,7 Prozent beziehungsweise 1,6 Prozent betragen. Damit wüchse die deutsche Wirtschaft im gesamten Projektionszeitraum wie schon in den vergangenen drei Jahren stärker als das Produktionspotenzial. Der Auslastungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten, der bereits im vergangenen Jahr über dem Normalmaß lag, würde sich deutlich erhöhen. Angesichts der hohen Arbeitsnachfrage dürfte nach Einschätzung der Bundesbank-Experten die durchschnittliche Arbeitszeit steigen, nachdem sie in den vergangenen Jahren und wohl auch im laufenden Jahr rückläufig war. Die Beschäftigung dürfte hingegen nach dem kräftigen Anstieg in diesem Jahr 2018 und 2019 weniger stark ausgeweitet werden. Die Arbeitslosigkeit wird den Volkswirten zufolge in diesem Jahr deutlich und in den beiden Folgejahren nur noch leicht zurückgehen. Die Lage der Staatsfinanzen bleibt zudem günstig. Ohne größere Politikänderung rechnen die Bundesbank-Fachleute mit merklichen Überschüssen. Die Schuldenquote könnte demnach im Jahr 2019 – erstmals seit 2002 – wieder unter die Grenze von 60 Prozent fallen.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich den Experten zufolge im laufenden Jahr wegen der wieder höheren Preise für Rohöl und Nahrungsmittel sprunghaft verstärken. Gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) könnte die Inflationsrate von 0,4 Prozent im Vorjahr auf 1,5 Prozent im laufenden Jahr anziehen, 2018 geringfügig auf 1,4 Prozent sinken und sich 2019 auf 1,8 Prozent verstärken. Dieser Verlauf ist von der Annahme geprägt, dass sich die Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln vor allem im kommenden Jahr wieder erheblich abschwächen sollte. Dies überlagert die aufwärts gerichtete zugrunde liegende Preistendenz, die sich in dem erwarteten graduellen Anstieg der Rate ohne Energie und Nahrungsmittel von 1,3 Prozent im laufenden Jahr bis auf 1,9 Prozent im Jahr 2019 zeigt.

Im Vergleich zur Projektion vom Dezember 2016 erwarten die Bundesbank-Volkswirte jetzt durchgängig ein etwas höheres Wirtschaftswachstum. Aufgrund der erwarteten vorübergehenden Verteuerung von Energie und Nahrungsmitteln ergibt sich für das laufende Jahr eine um 0,1 Prozentpunkte höhere Inflationsrate. Für die beiden kommenden Jahre dürfte die Inflationsrate nun 0,3 beziehungsweise 0,1 Prozentpunkte geringer ausfallen. Die geschätzte Rate ohne Energie und Nahrungsmittel wurde hingegen für 2018 und 2019 geringfügig nach oben revidiert.

Aus dem internationalen Umfeld ergeben sich der Prognose zufolge sowohl für das Wirtschaftswachstum als auch für den Preisanstieg überwiegend Abwärtsrisiken. Möglicherweise zunehmende protektionistische Tendenzen könnten das Wirtschaftswachstum schwächen. Zudem könnte der Preisdruck durch den internationalen Wettbewerb die Margen der Unternehmen hierzulande verringern. Binnenwirtschaftlich dominieren hingegen die Aufwärtsrisiken für Wachstum und Preise, so wird angesichts der aktuell ausgesprochen guten Stimmung und des gemäß der Bundesbank-Projektion ungewöhnlich lang anhaltenden

Aufschwungs betont. Insgesamt werden die Risiken aber sowohl für das erwartete Wirtschaftswachstum als auch für die Inflationsprognose als ausgeglichen eingestuft.

EZB-Konsultation zu Aufsichtsgebühren

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Anfang Juni 2017 eine öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Verordnung der EZB über Aufsichtsgebühren eingeleitet. Ziel des nach Artikel 17 der Verordnung vorgesehenen Konsultationsverfahrens ist es, Rückmeldungen von Interessenträgern zu erhalten und anhand dieser mögliche Verbesserungen prüfen zu können. Von den Rückmeldungen verspricht sich die EZB wichtige Erkenntnisse für eine förmliche Neufassung der Verordnung der EZB über Aufsichtsgebühren. Die Überprüfung konzentriert sich auf die Methoden und Kriterien für die Berechnung der jährlichen Aufsichtsgebühr, die für jede beaufsichtigte Bank und jede beaufsichtigte Gruppe erhoben wird. Die Konsultation endet am 20. Juli 2017. Das Konsultationspapier und eine Zusammenstellung von Fragen und Antworten können auf der Website der EZB zur Bankenaufsicht abgerufen werden.

EZB-Währungsreserven: Investition in Renminbi

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in der ersten Jahreshälfte 2017 eine Investition in chinesische Renminbi (CNY) als Teil der Währungsreserven im Gegenwert von 500 Millionen Euro abgeschlossen und damit einen Beschluss des EZB-Rats vom 20. Januar 2017 umgesetzt. Die weltweite Verwendung des CNY als internationale Währung hat in den letzten Jahren zugenommen. Im Jahr 2015 erklärte der Internationale Währungsfonds (IWF) im Rahmen seiner alle fünf Jahre stattfindenden Überprüfung des Währungskorbs für Sonderziehungsrechte (SZR) den Renminbi zu einer frei verwendbaren Währung. Im Oktober 2016 genehmigte der IWF die Aufnahme des Renminbi in den SZR-Währungskorb als fünfte Währung neben dem US-Dollar, dem Euro, dem japanischen Yen und dem britischen Pfund.

Die Maßnahme der EZB trägt auch der Bedeutung Chinas als einem der größten Handelspartner des Euroraums Rechnung. Die Investition in CNY erfolgte mittels Änderung der aktuellen Zusammensetzung der Währungsreserven der EZB. So verkaufte die EZB einen kleinen Teil ihrer Bestände an US-Dollar, die nach wie vor das größte Portfolio darstellen, wodurch der Gesamtumfang der Reservebestände der EZB unverändert blieb. Die Währungsreserven der EZB umfassen nunmehr US-Dollar, japanische Yen, chinesische Renminbi, Gold und SZR.

Neuer EZB-Dienst für Instant Payments

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat Ende Juni beschlossen, einen neuen Dienst zur Abwicklung von Instant Payments (Echtzeitzahlungen) zu schaffen. Mithilfe dieses Dienstes, der den Namen Target Instant Payment Settlement (TIPS) trägt, können Privatpersonen und Unternehmen in Echtzeit untereinander Geld transferieren. TIPS wird an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

Die EZB ist für das reibungslose und effektive Funktionieren der Zahlungsverkehrssysteme im Eurogebiet zuständig. Mit Target-2 hat die Zentralbank bereits das Echtzeit-Bruttozahlungssystem des Eurosystems zur Abwicklung von Großbetragszahlungen in Euro entwickelt. TIPS soll nun als Teil von Target-2 dazu beitragen, über Banken durchgeführte Echtzeitzahlungen zu fördern, sodass Privatpersonen sowie Firmen in ganz Europa Überweisungen im Massenzahlungsverkehr in Echtzeit vornehmen können.

Durch die Schaffung von TIPS will die EZB sicherstellen, dass der Nachfrage nach Instant Payments auf europäischer Ebene Rechnung getragen und die Integration des Euroraums weiter vorangetrieben wird. Der Dienst wird in enger Zusammenarbeit mit den Banken in Europa entwickelt und soll von ihnen mindestens in den ersten beiden Jahren nach der Inbetriebnahme zu einem günstigen Preis von höchstens 0,20 Cent (0,0020 Euro) je Zahlung angeboten werden. TIPS soll im November 2018 den Betrieb aufnehmen.